

## Nigeria

Einwohner:	Religionszugehörigkeit:	
186 Millionen	Muslime	49 %
	Christen	49 %
	Sonstige	2 %



### Das staatliche System

Nigeria ist eine Bundesrepublik nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten von Amerika und besteht aus 36 Bundesstaaten sowie dem Bundesterritorium Abuja. Abuja ist die Hauptstadt Nigerias und Sitz der Bundesregierung. Der offizielle Wahlspruch Nigerias lautet „Einheit und Glaube, Friede und Fortschritt“. Staatsoberhaupt ist der Präsident, ähnlich wie in den USA oder in Frankreich. Nach Erlangung der Unabhängigkeit im Jahr 1960 erlebte das Land unruhige Jahre mit mehreren Militärregierungen. Seit 1999, dem Jahr, in dem auch die jetzige Verfassung des Landes in Kraft getreten ist, herrschen wieder demokratische Verhältnisse. Die jetzige Phase wird auch als „vierte Republik“ bezeichnet.

Bei den Präsidentschaftswahlen im März 2015 siegte der Kandidat der Opposition über den vorherigen Präsidenten Goodluck Jonathan. Damit kam es erstmals in der Geschichte Nigerias zu einem demokratischen Regierungswechsel. Seit Mai 2015 bekleidet nun Muhammadu Buhari das Amt des Präsidenten, ein Muslim; Vizepräsident ist Yemi Osinbajo, ein Christ. Die Ämter rotieren bei jeder Präsidentschaftswahl, was bedeutet, dass bei der nächsten Wahl (voraussichtlich in 2019) der Präsident wieder ein Christ und der Vize-Präsident ein Muslim sein sollte. Muhammadu Buhari ist ein ehemaliger General der nigerianischen Streitkräfte und war – nach einem Militärputsch an die Macht gekommen – von 1983 bis 1985 schon einmal Staatsoberhaupt des Landes.

### Ethnische und religiöse Vielfalt

Nigeria, mit rund 186 Millionen Einwohnern das bevölkerungsreichste Land Afrikas, ist geprägt durch eine große ethnische und religiöse Vielfalt. Mehr als 500 verschiedene Sprachen und Dialekte werden dort gesprochen. Religion spielt eine große Rolle in Nigeria, sie ist für die meisten Bürger des

Landes von hoher Bedeutung. Die beiden vorherrschenden Religionen sind das Christentum und der Islam. Beide Religionsgemeinschaften sind in etwa gleich groß mit einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von etwa 45 bis 50 Prozent. Rund 5 bis 10 Prozent sind Anhänger von traditionellen afrikanischen Religionen. Der Norden Nigerias ist stärker islamisch geprägt, der Süden stärker christlich; überall aber gibt es eine gewisse Durchmischung dieser beiden großen Religionen.

### **Schutz der Religionsfreiheit durch die Verfassung**

Die Verfassung von Nigeria erkennt die Religionsfreiheit an; dazu gehört das Recht, seinen Glauben zu bekunden, zu propagieren oder zu wechseln. Artikel 38, Paragraph 1 besagt: „Jede Person hat das Recht auf Gedankenfreiheit, Gewissensfreiheit und Religionsfreiheit und das Recht, ihre Religion oder ihren Glauben zu wechseln und die Freiheit, (entweder alleine oder in Gemeinschaft mit anderen sowohl in der Öffentlichkeit als auch privat) ihre Religion oder ihren Glauben durch Kult, Lehre, praktische Anwendung und Befolgung auszuüben.“

In Artikel 10 heißt es: „Die Bundesregierung oder die Regierung eines Bundesstaates soll keine Religion als Staatsreligion festlegen.“ Allerdings ist Nigeria auch Mitglied der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC), und im Oktober 1999 weiteten 12 der 36 Staaten der Föderation (alle im Norden: Bauchi, Borno, Gombe, Jigawa, Kaduna, Kano, Katsina, Kebbi, Niger, Sokoto, Yobe und Zamfara) die Anwendung der Scharia vom Familienrecht (wo es bereits angewandt wurde) auf das Strafrecht aus. Das bedeutete die Einführung von Auspeitschung, Amputation von Gliedmaßen und Todesstrafe (durch Steinigung). Mindestens fünf Staaten (Bauchi, Zamfara, Niger, Kaduna und Kano) haben eine Religionspolizei (Hisbah) eingesetzt, um die Anwendung der Scharia im täglichen Leben durchzusetzen. In einigen Fällen wurde ihnen Missbrauch bei der Vollstreckung des Gesetzes vorgeworfen (beispielsweise die ungerechtfertigte Beschlagnahmung von alkoholischen Getränken).

Im Prinzip gilt die Scharia in zivil- und strafrechtlichen Belangen nicht für Nichtmuslime. Das gleiche gilt für das islamische Gesetz in Bezug auf die Konversion vom Islam zu einer anderen Religion. Dennoch sind Nicht-

muslime in Nigeria auf verschiedene Art und Weise von der Scharia betroffen, besonders, was den Konsum und den Verkauf von alkoholischen Getränken betrifft und die Geschlechtertrennung und Diskriminierung, denen Frauen in öffentlichen Verkehrsmitteln, in Schulen und im Gesundheitswesen ausgesetzt sind. Die Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt, stellen großzügige Mittel für Pilgerreisen nach Mekka und für den Bau von Moscheen zur Verfügung. Sie tun das gleiche, aber in geringem Maße, für christliche Gebetsstätten und Pilgerreisen nach Jerusalem. Viele christliche Kirchen im Norden und einige wenige muslimische Gruppen im Süden beklagen, dass die lokalen Behörden städtische Verordnungen als Vorwand nutzten, um den Bau neuer Gebetsstätten zu verbieten.

Wie in so vielen Ländern besteht auch in Nigeria eine große Kluft zwischen dem, was in der Verfassung steht, und dem, was dann in der Wirklichkeit geschieht. Die Hauptgründe dafür sind: a) Die tatsächliche Macht liegt in den Händen der Obas (Stammesfürsten), die vor Ort das letzte Wort haben; b) die stammesspezifischen Fürstentümer, die sich unter der britischen Kolonialherrschaft (1860-1960) verfestigt haben, akzeptieren in Wirklichkeit selten die von der Zentralregierung erlassenen Gesetze; c) religiöse und parteipolitische Rivalitäten, die sich im alten Clanrachedenken widerspiegeln, machen es schwierig, Maßnahmen zu verwirklichen; d) das hohe Maß an Korruption aller politischen – und in einigen Fällen auch der religiösen – Klassen vereiteln jeden Versuch, demokratische Vorgaben zu verwirklichen. Es gibt ständig Diskussionen im ganzen Land, ob die Demokratie wirklich die geeignetste Staatsform für die bevölkerungsreichste Nation Afrikas ist.

### **Religionsgemeinschaften in Nigeria**

Von den rund 90 Millionen Christen gehört der größere Teil zu protestantischen, freikirchlichen, pfingstlichen und anderen christlichen Gemeinschaften, der kleinere Teil zur katholischen Kirche. Seit Ende der 1990er Jahre haben die Aktivitäten der charismatischen Pfingstgemeinden, besonders der „Redeemed Church of God“, der „Winners Chapel“, der „Presbyterianischen Kirche Nigerias“ und der „Evangelical Church of West Africa“ deutlich zugenommen. Diese Gruppierungen haben Hunderttausende

neuer Mitglieder für sich gewinnen können, hauptsächlich durch Übertritte von den traditionellen christlichen Konfessionen (Katholiken und Protestanten).

Unter den Muslimen bilden die Sunniten eine deutliche Mehrheit von rund 90 Prozent (Malikiten, Shafi'iten, Salafiten). Doch beeinflussen auch islamische Minderheiten wie Sufis und Schiiten den Unterricht und die Bräuche des Islams. Einen zunehmenden Einfluss üben muslimische Splittergruppen aus, wie die Muslimische Bruderschaft, die Quranisten und die Ahmadiyya-Muslime. Der offiziell anerkannte geistige Führer aller Muslime in Nigeria ist der Sultan von Sokoto. Sokoto ist eine Stadt im äußersten Nordwesten Nigerias. Seit November 2006 hat Muhammad Sa'ad Abubakar das Amt des Sultans von Sokoto inne. Er ist zugleich einer der beiden Co-Präsidenten des „Nigerianischen Interreligiösen Aktionsbündnisses“ (Nigerian Interfaith Action Association). Der andere Co-Präsident dieses Gremiums ist John Olorunfemi Kardinal Onaiyekan, der katholische Erzbischof von Abuja.

### **Interreligiöse Konflikte**

Seit vielen Jahren ist das Zusammenleben der verschiedenen Volks- und Religionsgruppen in Nigeria von Spannungen und Konflikten geprägt. Nachdem Nigeria im Jahr 1999 zur Demokratie zurückgekehrt und mit Olu-segun Obasanjo ein Christ zum Staatspräsident gewählt worden war, verstärkten sich politische Strömungen und Bewegungen, die zumindest im Norden Nigerias eine stärkere Islamisierung der Gesellschaft anstrebten. Noch im selben Jahr 1999 weiteten einige Bundesstaaten im Norden des Landes, wie oben schon erwähnt, die Anwendung des Scharia-Rechtes auch auf das Strafrecht aus. Die Scharia stellt ein starkes Symbol muslimischer Identität dar. Zugleich leiden große Teile der Bevölkerung unter einer tiefen Verunsicherung, hervorgerufen durch Armut und Arbeitslosigkeit, fehlende Zukunftsperspektiven, zunehmende Kriminalität und weit verbreitete Korruption in Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Für viele (wenngleich nicht alle!) Muslime in den betroffenen Bundesländern war die Ausweitung der Scharia-Gesetzgebung ein positives Signal. Unter den Nicht-Muslimen wuchsen dagegen die Befürchtungen, dass sich für sie die Lebensbedingungen verschlechtern würden, was zu neuen Spannungen

und Unruhen führte, die sich teilweise in gewaltsamen und blutigen Zusammenstößen entluden.

### **Boko Haram – Islamisierung durch Gewalt?**

Vor dem Hintergrund dieser politischen und gesellschaftlichen Spannungen ist auch das Erstarken der islamistischen Bewegung Boko Haram zu verstehen, einer Gruppe, die sich seit etwa 2006 und dann vor allem seit 2009 zu einer der gefährlichsten und gewalttätigsten militanten islamistischen Bewegungen weltweit entwickelt hat. Einen wichtigen Stützpunkt hat diese Bewegung in der Stadt Maiduguri im Bundesstaat Borno, wo die Bewegung im Jahr 2002 von dem islamischen Prediger Mohammed Yusuf gegründet wurde. Im Juli 2009 wurde Yusuf nach heftigen Gefechten vom Militär festgenommen und starb unter umstrittenen Umständen im Militärgewahrsam. Das Militär behauptet, er sei bei einem Fluchtversuch erschossen worden, Menschenrechtsorganisationen gehen dagegen von einer außergerichtlichen Hinrichtung aus.

Die radikal-islamische Bewegung auf der Grundlage des Salafismus bezeichnet sich selbst als „Vereinigung der Sunniten für den Ruf zum Islam und den Dschihad“ und verfolgt das Ziel, im muslimisch geprägten Norden Nigerias einen islamischen Staat auf der Grundlage von Koran und Scharia zu errichten. Das klingt nach einer islamischen Missionsbewegung, die den Islam verbreiten möchte durch Propaganda und – wo nötig – auch durch militärischen Kampf. Bekannt ist die Bewegung für ihre deutliche Ablehnung der westlichen Kultur und der westlichen Einflüsse auf Nigeria, zum Beispiel durch das Schulsystem. Deswegen hat die lokale Bevölkerung dieser Bewegung in der Hausa-Sprache den Namen Boko Haram gegeben, was auf Deutsch so viel heißt wie: „Westliche Bildung ist Sünde“.

Zugleich ist Boko Haram aber auch als eine militante Protestbewegung gegen die gravierenden sozialen Ungerechtigkeiten, vor allem im Nordosten Nigerias, anzusehen. Denn dort vor allem hat die Bewegung Zulauf unter arbeitslosen und frustrierten jungen Männern. Der Nordosten gilt als das „Armenhaus“ Nigerias und wird von der Politik vernachlässigt, denn die Wählerstimmen in der vergleichsweise dünn besiedelten Region fallen kaum ins Gewicht. Für die korrupte und eigensüchtige politische Elite ist die

Region damit uninteressant. Verzweifelte junge Männer greifen daher nach jedem Strohalm, der ihnen hingehalten wird. Die islamistische Ideologie liefert ihnen zudem eine religiös aufgeladene Rechtfertigung, auch mit militärischer Gewalt gegen die Regierung und gegen muslimische Politiker vorgehen zu dürfen, die in ihrem Regierungshandeln schon lange nicht mehr islamischen Grundsätzen des Gemeinwohls folgen. Das erklärt die zahllosen Anschläge auf Einrichtungen des Staates, des Militärs und der Polizei.

### **Westliche Dekadenz als vermeintliche Ursache der Misere**

Aus Sicht von Boko Haram liegen die tieferen Ursachen der Misere darin, dass die nigerianische Herrschaftselite von westlichem Gedankengut und westlichen Verhaltensweisen infiziert ist. Die westliche Kultur mit ihrem Macht- und Profitstreben gilt den Islamisten als dekadent und verdorben und vor allem als gottlos. Und soweit Religion im westlichen Kulturkreis überhaupt noch ernst genommen wird, ist es eine aus islamischer Sicht verfälschte und in Irrlehren abgeglittene Religion, die in den Köpfen ihrer Anhänger nur Schaden anrichten kann. Deswegen geht Boko Haram nicht nur gegen „unislamisch“ handelnde staatliche Institutionen vor, sondern auch gegen die christliche Religion. Deshalb werden Kirchen in die Luft gesprengt, Christen getötet oder per Ultimatum zum Verlassen der muslimischen Gebiete im Norden aufgerufen.

### **2014 – das blutigste Jahr unter Boko Haram**

Nachdem Boko Haram schon im Jahr 2006 im Zusammenhang mit Protesten gegen in Dänemark veröffentlichte Mohammed-Karikaturen in Maiduguri erste Gewalttaten verübte, eskalierte die Gewalt vor allem nach dem gewaltsamen Tod ihres Gründers Mohammed Yusuf im Juli 2009. Das bislang blutigste Jahr des Boko-Haram-Terrors war das Jahr 2014. Nach Angaben des australischen „Instituts für Wirtschaft und Frieden“ (Institute for Economics and Peace) starben allein in diesem einen Jahr mehr als 7500 Menschen durch die Gewalt von Boko Haram. Hunderttausende Menschen flüchteten vor den Gräueltaten dieser Terrorbewegung. Ganze Dörfer und Städte im muslimisch geprägten Nordosten Nigerias wurden von Boko Haram erobert. Im August 2014 wurde ein Kalifat ausgerufen, in Anlehnung an den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien.

Die Hauptziele der Terroranschläge waren Einrichtungen der Bundesregierung und der Bundesstaaten, Polizeistationen und militärische Einrichtungen, aber auch Moscheen und christliche Kirchen in den zentralen und nördlichen Bundesstaaten. Das erklärte Ziel von Boko Haram ist die Auslöschung aller christlichen Spuren auf nigerianischem Boden. Unmittelbar nach den Anschlägen an Weihnachten 2011 auf Kirchen in fünf Städten veröffentlichte Boko Haram eine Stellungnahme, in der sie allen Christen den Tod androhte, wenn sie nicht Nigerias zentrale und nördliche Bundesstaaten innerhalb von drei Tagen verlassen sollten. Nach Ablauf dieser Frist flammten die Angriffe erneut auf. Sogar einige traditionelle muslimische Führer, die öffentlich Kritik an Boko Haram geübt hatten, wurden Ziel dieser Organisation. Drei von ihnen wurden umgebracht.

### **Entführung der Chibok-Mädchen**

Auch die Entführungen, vor allem von Mädchen, halten bis heute an. Weltweite Betroffenheit erregte die Entführung von 276 Schülerinnen in der Stadt Chibok im Bundesstaat Borno im April 2014. Diese Region bildet die Hochburg und das Hauptaktionsfeld der Terrorbewegung. Ein kleiner Teil der entführten Mädchen konnte sich kurz nach der Entführung aus eigener Kraft befreien. Von den mehr als 200 anderen Schülerinnen fehlte lange Zeit jede Spur. Im Oktober 2016 gelang es der Regierung nach Verhandlungen mit der Terrorgruppe, 21 Schülerinnen freizubekommen. Im Mai 2017 konnte die Regierung die Freilassung von 82 weiteren Schülerinnen erreichen, im Austausch gegen inhaftierte Boko-Haram-Anhänger. Ende 2017 waren aber immer noch mehr als 100 Chibok-Mädchen in der Gewalt von Boko Haram. Alle Bemühungen der Regierung und der Sicherheitskräfte, auch diese Entführungsoffer aufzuspüren und zu befreien oder durch Verhandlungen freizubekommen, blieben bislang erfolglos. Ein ähnlicher Entführungsfall ereignete sich im Februar 2018, als Boko Haram in Dapchi im Bundesstaat Yobe nachts ein Mädcheninternat überfiel und 110 Mädchen im Alter von elf bis neunzehn Jahren verschleppte. Glücklicherweise wurden fast alle von ihnen wenige Wochen später wieder freigelassen, weil es sich um muslimische Mädchen handelte. Sie wurden aber von Boko Haram aufgefordert, nie wieder eine Schule zu besuchen. Fünf Mädchen kamen bei der Entführung ums Leben. Ein christliches Mädchen wurde von Boko Haram nicht freigelassen, weil es sich geweigert hatte, zum Islam überzutreten.

## **Militärischer Kampf gegen Boko Haram**

Der Kampf der Regierung und des Militärs gegen Boko Haram gestaltete sich über lange Zeit mühsam und schwierig. Nur gelegentlich konnten Erfolge vermeldet werden. Zum Teil ist das auf den schlechten Zustand des Militärs zurückzuführen, also auf militärische Unfähigkeit. Immer wieder gibt es aber auch Gerüchte und Meldungen, nach denen innerhalb des Militärs zuweilen auch Sympathien für die Ziele und das Vorgehen von Boko Haram bestehen. Bestechliche Offiziere würden sogar mit Boko Haram kooperieren, sogar von Waffenverkäufen hochrangiger Offiziere an Boko Haram wurde berichtet. Zugleich berichtet Amnesty International immer wieder über schwere Menschenrechtsverletzungen des Militärs gegenüber Gefangenen. Im ersten Halbjahr 2013 zum Beispiel sollen 950 Gefangene in Militärgewahrsam zu Tode gekommen sein, durch Misshandlungen, Folter, unzureichend behandelte Schussverletzungen oder Hunger. Die Brutalität des Militärs werde von der muslimischen Bevölkerung ebenso gefürchtet wie die Gewaltaktionen von Boko Haram, was die Spannungen und Konflikte weiter anheize und der Terrorbewegung Boko Haram weiteren Zulauf verschaffe.

Seit 2009 terrorisiert Boko Haram das Land. Durch Anschläge auf belebte Märkte, Busbahnhöfe, staatliche Einrichtungen, Schulen, Kirchen und Moscheen und durch Kämpfe der Islamisten sollen bis heute zwischen 20 000 und 30 000 Menschen ums Leben gekommen sein. Laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind noch immer mehr als 1,8 Millionen Menschen in Nigeria auf der Flucht vor der Gewalt von Boko Haram. Rund 5 Millionen Menschen sind auf Lebensmittelhilfen angewiesen.

## **Terror durch Boko Haram auch in den Nachbarländern**

Auch die Nachbarstaaten von Nigeria sind von der Gewalt durch Boko Haram betroffen. Einerseits sind rund 200 000 Nigerianer dorthin geflüchtet, um sich vor Boko Haram in Sicherheit zu bringen, wie das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen UNHCR berichtet. Andererseits verübt Boko Haram auch dort Anschläge. Im Februar 2015 griffen Milizen von Boko Haram erstmals Städte und Siedlungen im Niger und im Tschad an.

## **Militärische Erfolge – Anhaltende Bedrohung**

Beim Gipfeltreffen der Afrikanischen Union (AU) im Januar 2015 beschlossen die Länder Tschad, Kamerun und Niger, eine 7500 Mann starke militärische Eingreiftruppe zu bilden, um Nigeria im Kampf gegen den Terror zu unterstützen. Später wurde die Truppenstärke auf 8700 Soldaten erhöht. Mit Hilfe dieses Militärverbunds gelang es dann im März 2015, von Boko Haram besetzte Städte und Ortschaften in den Bundesstaaten Yobe und Adamawa im Nordosten Nigerias zurückzuerobern. Durch weitere militärische Erfolge konnte Boko Haram bis Oktober 2015 aus den meisten Städten und Ortschaften und aus den meisten Gebieten im Nordosten Nigerias vertrieben werden.

Auch wenn Nigerias Präsident Muhammadu Buhari schon mehrfach den militärischen Sieg über Boko Haram verkündet hat, so sind Polizei und Militär in Nigeria trotzdem bis heute nicht in der Lage, die Bevölkerung wirksam vor weiteren Anschlägen und Entführungen zu schützen. Vor allem im Bundesstaat Borno gelten viele Regionen weiterhin als unsicher.

## **Verteilungskonflikte im Middle Belt**

Deutlich verschärft haben sich in den letzten Jahren Konflikte um Weide- und Ackerland, vor allem im sogenannten Middle Belt. Das ist die von West nach Ost verlaufende mittlere Region in Nigeria. Geprägt ist sie von einer großen Vielzahl unterschiedlicher ethnischer Gruppen. Außerdem bildet der Middle Belt den Übergangsbereich zwischen dem überwiegend von Christen bewohnten Süden Nigerias und dem hauptsächlich von Muslimen bewohnten Norden des Landes. Weil die Bevölkerung in Nigeria rasant wächst, sind Ackerland und Weideflächen knapp geworden, die Konkurrenz ist groß und führt häufig zu Konflikten. Viehhirten lassen ihre Herden auf Ackerflächen weiden, wodurch die Ernte der Ackerbauern zerstört wird. Frühere Weidegebiete und Weiderouten werden von Ackerbauern unter den Pflug genommen oder als Bauland genutzt. Verschärft werden die Konflikte auch durch den Klimawandel. Im Norden Nigerias breiten sich die Wüstengebiete immer weiter aus und zwingen die Viehhirten, mit ihren Herden weiter Richtung Süden zu ziehen. Zugleich haben die Viehhirten mit einem zunehmenden kriminellen Viehdiebstahl zu

kämpfen, der inzwischen durch organisierte Banden in großem Stil betrieben wird. Um sich dagegen zu schützen, haben sich die Viehnomaden mit Schusswaffen ausgestattet. Leider werden diese auch immer öfter in den Landkonflikten mit den Ackerbauern eingesetzt. Überlagert werden diese Auseinandersetzungen von einer religiösen Komponente. Die Viehhirten gehören zum Volksstamm der Fulani und sind traditionell Muslime. Die Ackerbauern gehören oft kleineren ethnischen Minderheiten an und sind häufig Christen. Diese religiöse Konkurrenz stachelt die Konflikte gelegentlich zusätzlich an, eine Solidarisierung erfolgt dann leicht entsprechend der religiösen Zugehörigkeiten. Es gibt Schätzungen, wonach bei diesen Landkonflikten jedes Jahr mehrere Hundert Menschen sterben. Tausende Menschen sollen vor diesen Konflikten auf der Flucht sein. Verschlimmert werden diese Missstände durch den Umstand, dass der Staat zu wenig dagegen unternimmt. Zwar haben die Regierungen einiger Bundesstaaten den Viehbesitzern versprochen, Weideflächen und Weidekorridore einzurichten. Geschehen ist aber nur sehr wenig. Und die Farmer bekommen, anders als früher, kaum noch finanzielle Entschädigungen vom Staat für die Ernteauffälle, die ihnen durch umherziehende Rinderherden entstanden sind. Zudem bleiben viele Straftaten ohne gerichtliche Folgen. Selbst wenn es Todesfälle gab, geht die Polizei den Dingen oft nicht auf den Grund und die Täter bleiben straffrei.

### **Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen**

Religiöse Intoleranz und Diskriminierung gegenüber christlichen Gemeinden gibt es vor allem in den stärker islamisierten Bundesstaaten im Norden Nigerias (fast deckungsgleich mit den zwölf Bundesstaaten, in denen die Scharia gilt). Dazu zählen falsche Blasphemie-Anschuldigungen gegen christliche Schüler und Lehrer, wodurch diese gezwungen werden, ihre Schulen zu verlassen; Verweigerung von Baugenehmigungen für christliche Kirchen und Friedhöfe; Abriss angeblich illegal errichteter christlicher Gebetsstätten; die Entführung und erzwungene Konversion von Jugendlichen, überwiegend Mädchen, die dann mit muslimischen Männern verheiratet werden; Diskriminierung von Christen im öffentlichen Bereich und bei der Bewilligung staatlicher Dienstleistungen; Einschüchterung und Morddrohungen gegen zum Christentum konvertierte Muslime; Rechtsprechung über Christen vor Scharia-Gerichten, obwohl diese das Recht haben, vor

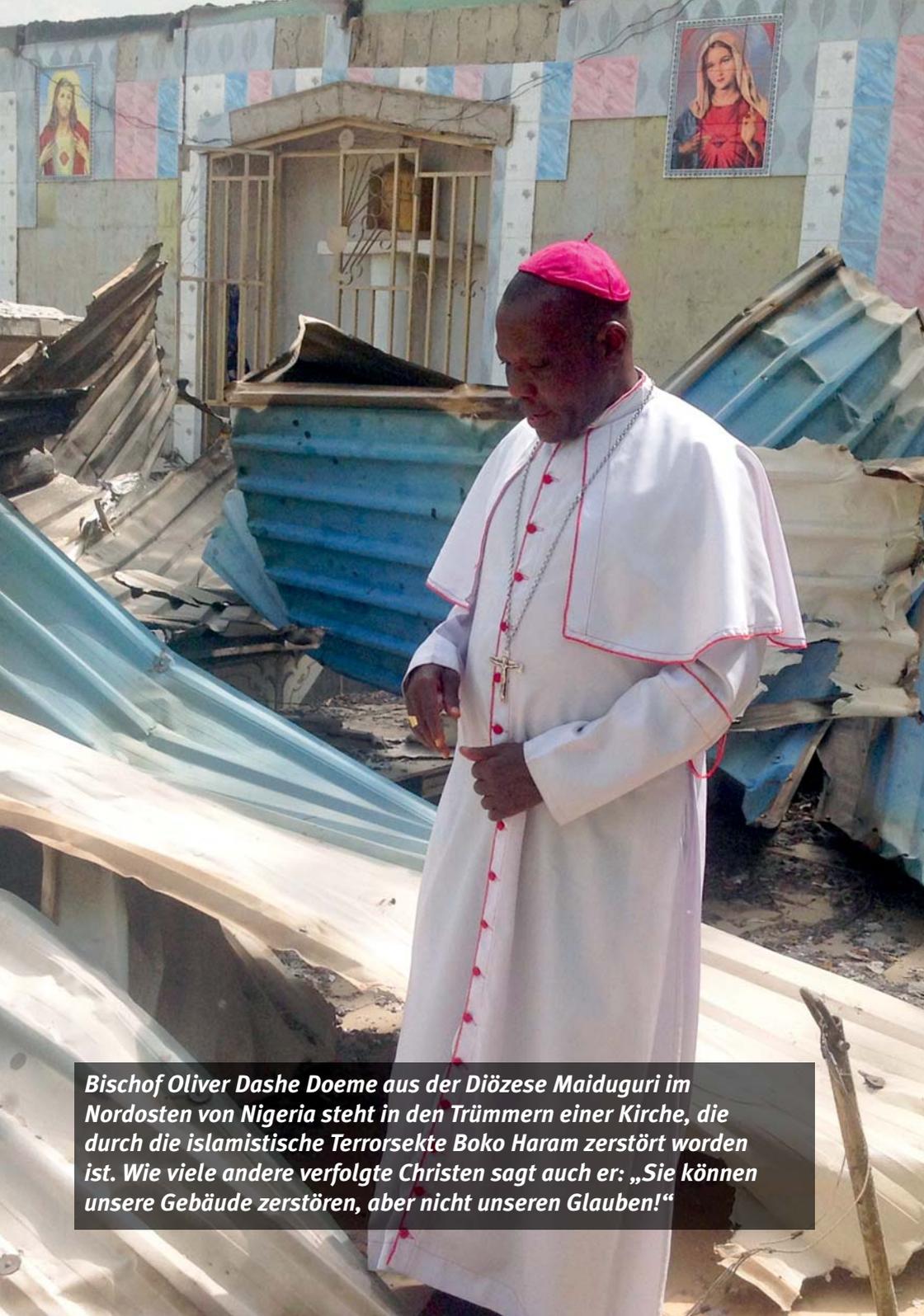
ein anderes Gericht gestellt zu werden; Verhängung der islamischen Kleiderordnung über christliche Schülerinnen an staatlichen Schulen; Manipulation der Zulassungskriterien für staatliche Schulen und Universitäten mit dem Ziel, ausschließlich Muslimen den Vorzug zu geben.

Die Angehörigen der Maguzawa-Volksgruppe gehören ethnisch zwar zum großen Volksstamm der Haussa, sind aber, anders als diese, keine Muslime. Deshalb erfahren sie vielfache Diskriminierung. Laut nigerianischem Gesetz werden sie zur Urbevölkerung der nördlichen Bundesstaaten gerechnet. Weil sie aber traditionellen Religionen oder verschiedenen christlichen Konfessionen angehören, werden sie von Arbeitsplätzen im Öffentlichen Dienst und in staatlichen Schulen ausgeschlossen.

### **Exemplarische Fälle von Gewalt und wichtige Entwicklungen**

Im Folgenden werden einige exemplarische Fälle von Diskriminierung und Gewalt aufgelistet, in denen die Religionszugehörigkeit eine gewisse Rolle spielt. Eine vollständige Darstellung ist wegen der Vielzahl der Vorfälle nicht möglich. Darüber hinaus werden einige wichtige Vorkommnisse und Entwicklungen der letzten zwei Jahre dargestellt.

Dezember 2015: Laut einem Bericht von UNICEF, des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen, können mehr als eine Million Kinder in Nigeria und den Nachbarländern wegen des Terrors von Boko Haram nicht in die Schule gehen. Mehr als 2000 Schulen in Nigeria, Kamerun, im Tschad und im Niger sowie Hunderte andere Einrichtungen seien wegen Zerstörungen oder wegen der Gefahren durch die Terrormiliz teilweise schon mehr als ein Jahr geschlossen, heißt es in dem Bericht. Hunderte von Schulen sind beschädigt, geplündert oder niedergebrannt worden. Rund 600 Lehrer wurden von Boko Haram in den letzten Jahren getötet. Deswegen sind viele Lehrer geflüchtet. Darüber hinaus dienen zahlreiche Schulen in der Region als Notunterkünfte für Flüchtlinge. Und selbst dort, wo Schulen noch in Betrieb sind, trauen sich manche Schüler aus Angst vor Boko Haram nicht, zum Unterricht zu gehen. Durch Boko Haram werde die Bildungsmisere in Nigeria noch weiter verschärft. Schon vor Auftauchen dieser Terrorbewegung hätten mehr als zehn Millionen Kinder im Grundschulalter in benachteiligten Regionen Nigerias keine Chance auf angemessene Bildung gehabt.



***Bischof Oliver Dashe Doeme aus der Diözese Maiduguri im Nordosten von Nigeria steht in den Trümmern einer Kirche, die durch die islamistische Terrorsekte Boko Haram zerstört worden ist. Wie viele andere verfolgte Christen sagt auch er: „Sie können unsere Gebäude zerstören, aber nicht unseren Glauben!“***

Boko Haram verfolgt das Ziel, im Norden Nigerias einen islamischen Staat aufzubauen. Jeden Einfluss der westlichen Kultur wollen die Islamisten dazu ausschalten, vor allem auch alle Formen westlicher Bildung. Deswegen gehen sie gezielt gegen Schulen und andere Bildungseinrichtungen vor, zerstören Gebäude und entführen Schülerinnen.

Januar 2016: Die Regierung unter Staatspräsident Muhammadu Buhari kündigte Maßnahmen an, um den Landkonflikt zwischen sesshaften Ackerbauern und nomadischen Viehhirten zu entschärfen. Dazu solle ein Plan erstellt werden, in dem Weideflächen für Viehhirten bestimmt und festgeschrieben werden. Dadurch soll zugleich verhindert werden, dass die Hirten ihre Rinder über Ackerflächen ziehen lassen. Durch bewaffnete Auseinandersetzungen wegen immer knapper werdender landwirtschaftlicher Flächen sterben in Nigeria jährlich mehr als 1000 Menschen. Es gibt allerdings auch Berichte, wonach sich immer häufiger kriminelle Banden als Viehhirten verkleiden und dann ganze Dörfer überfallen und plündern.

Februar 2016: Auch wenn es im Bundesstaat Adamawa im Nordosten Nigerias inzwischen keine Ortschaften mehr gebe, die von Boko Haram besetzt seien, so gingen von der Terrorgruppe dennoch weiterhin große Gefahren aus. Das sagte Bischof Stephen Dami Mamza aus der Diözese Yola gegenüber der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA). Besonders gefährdet seien die Ortschaften in der Nähe des Sambisa-Waldes. Dieser diene den Terroristen seit Jahren als Rückzugsort. „Dort verstecken sich weiter Tausende Kämpfer“, so der Bischof. Immer wieder kämen diese aus ihrem Versteck hervor, um Dörfer zu überfallen und Lebensmittel zu rauben. Ruhe und Sicherheit könnten erst dann wieder einkehren, wenn der letzte Terrorist aus dem Sambisa-Wald vertrieben worden sei.

Februar 2016: Die nigerianische Armee berichtete, dass sie 195 Entführungsoffer aus der Gewalt der Terrorgruppe Boko Haram befreien konnte. Bei der Befreiungsaktion in acht Dörfern im Bundesstaat Borno seien auch einige Terroristen getötet worden. Der Bundesstaat Borno im äußersten Nordosten Nigerias gilt als Hochburg von Boko Haram.

März 2016: Im Rahmen des staatlichen Programms zur Bekämpfung der weit verbreiteten Korruption in Nigeria begann ein Gerichtsprozess gegen

den ehemaligen Militärchef Alex Badeh. Ihm wurde vorgeworfen, umgerechnet rund 18 Millionen Euro veruntreut zu haben. Das Geld war von der Regierung dazu bestimmt worden, den Kampf gegen Boko Haram zu finanzieren. Badeh verwendete das Geld jedoch für private Zwecke. Unter anderem soll er sich dafür eine Luxusvilla gekauft haben. Nigerianische Soldaten beklagen sich immer wieder darüber, dass sie für den Kampf gegen Boko Haram nur schlecht ausgerüstet seien.

März 2016: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) appellierte an die nigerianische Regierung, intensiver nach Entführungsoffern zu suchen. Ein besonders drastischer Fall habe sich im Ort Damasak im Bundesstaat Borno zugetragen. Dort habe Boko Haram 400 Menschen entführt, darunter 300 Kinder einer Grundschule. „Es ist unklar, ob sich die Regierung jemals ernsthaft um ihre Freilassung bemüht hat“, lautete die Kritik von HRW. Internationale Aufmerksamkeit habe die Entführung der Chibok-Entführung erlangt. Über die anderen Entführungen aber spreche niemand.

April 2016: Im April 2016 tauchte ein neuer Videofilm der Terrorgruppe Boko Haram auf. Darin sind 15 der entführten Mädchen von Chibok zu sehen. Das Video war dem Nachrichtensender CNN zugespielt worden. In dem Film wird das Datum 25. Dezember 2015 genannt. Möglicherweise ist der Film also am Weihnachtstag gedreht worden. Belegen lässt sich das jedoch nicht. Einige Mütter konnten bestätigen, dass in dem Video tatsächlich ihre Töchter zu sehen seien. Schon im Mai 2014 hatte Boko Haram ein Video veröffentlicht, kurz nach der Entführung, bei der am 15. April 2014 276 Mädchen verschleppt worden waren.

April 2016: Glimpflich verlief ein Anschlag auf den Erzbischof der nigerianischen Hauptstadt Abuja, Kardinal John Olorunfemi Onaiyekan. Auf dem Rückweg aus Benin-Stadt im Bundesstaat Edo geriet das Auto des Kardinals in einen Hinterhalt und wurde von drei Bewaffneten beschossen. Sowohl der Kardinal als auch sein Fahrer blieben aber unverletzt. Als Täter wurden Hirten aus dem Volk der Fulani vermutet. Mehrere Kirchenvertreter forderten anschließend die Regierung auf, entschiedener gegen Gewalt und Kriminalität vorzugehen. Der landesweite Anstieg derartiger Attacken sei „erschreckend“, sagte der Erzbischof von Benin-Stadt, Augustine Aku-

beze. Die Regierung müsse „Leben und Eigentum der Nigerianer mit aller Ernsthaftigkeit schützen“, forderte Akubeze gegenüber der Zeitung „This Day“.

Mai 2016: Im Mai 2016 tauchten zwei der 276 Entführungsoffer aus Chibok wieder auf. Sie waren im Sambisa-Waldgebiet entdeckt worden. Eins der Mädchen hatte in der Gefangenschaft ein Kind geboren und war jetzt zum zweiten Mal schwanger. Die 19-Jährige teilte auch mit, dass sechs der entführten Mädchen in der Gefangenschaft gestorben seien.

Mai 2016: In einem Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) sagte der katholische Bischof von Maiduguri im Nordosten Nigerias, Oliver Dashe Doeme, das Verhältnis zwischen Christen und Muslimen in seiner Region habe sich verschlechtert. Das habe mit dem Terror von Boko Haram zu tun. Vor allem in den Gebieten, die zeitweise von Boko Haram erobert und besetzt gewesen seien, herrsche heute eine große Abneigung zwischen Christen und Muslimen. Das Evangelium jedoch fordere die Christen dazu auf, zu vergeben.

Juni 2016: Nach militärischen Einsätzen in zahlreichen Dörfern im Bundesstaat Borno meldete die nigerianische Armee, sie habe 247 Geiseln aus der Gewalt der Terrorgruppe Boko Haram befreien können. 77 mutmaßliche Mitglieder der Terrorbewegung hätten sich ergeben und seien festgenommen worden, fünf Personen seien getötet worden.

August 2016: In einem neu aufgetauchten Videofilm waren offensichtlich einige der in Chibok entführten Mädchen zu sehen. In dem Film, der sich an die Regierung und an die Eltern der Entführungsoffer richtete, forderte ein maskierter Sprecher dazu auf, die Mädchen gegen inhaftierte Boko-Haram-Kämpfer auszutauschen. Er teilte auch mit, dass bei Luftangriffen der Armee einige Schülerinnen ums Leben gekommen und andere verletzt worden seien.

August 2016: Im August 2016 gab es Meldungen, nach denen sich die Terrorbewegung Boko Haram gespalten habe. Der Teil, der sich dem „Islamischen Staat“ (IS) angeschlossen habe, werde von Abu Musab al-Barnawi angeführt, einem Sohn des Gründers von Boko Haram, Mohammed Yusuf.

Der andere Teil von Boko Haram folge weiterhin Abubakar Shekau, der die Führung der Terrorgruppe im Jahr 2009 übernommen haben soll.

September 2016: Die Hilfsorganisation Oxfam warnte vor einer drohenden Hungersnot in den Ländern Nigeria, Niger und Tschad. Betroffen seien rund 2,7 Millionen Menschen. Aus Angst vor Terror und Gewalt durch die islamistische Bewegung Boko Haram verließen immer mehr Menschen ihre Heimat und verlören dadurch ihre Lebensgrundlage. Von der Hungersnot betroffen seien nicht nur die Flüchtlinge selbst, sondern auch diejenigen, die Flüchtlinge bei sich aufgenommen hätten. Die Not der Menschen werde noch verschlimmert durch die Schäden, die durch die Terrorgruppe angerichtet wurden. „Durch die Kämpfe wurden weite Teile der Infrastruktur wie Wasserversorgung, Krankenhäuser, Schulen, Straßen, Felder und Märkte zerstört“, erklärte ein Sprecher von Oxfam. Laut Angaben der Vereinten Nationen kommen etwa 80 Prozent der Binnenflüchtlinge im Nordosten Nigerias bei Familien und Bekannten unter, rund 20 Prozent leben in Lagern.

September 2016: In der Nähe der Kleinstadt Chibok im Süden des Bundesstaates Borno wurden acht Menschen durch die Terrorgruppe Boko Haram getötet. Die Opfer hatten an einem Gottesdienst teilgenommen und die Kirche gerade verlassen. Dann fielen tödliche Schüsse. Die Attentäter seien auf Motorrädern gekommen, berichteten Augenzeugen hinterher.

Oktober 2016: Die nigerianische Regierung gab bekannt, dass 21 Chibok-Mädchen von Boko Haram freigelassen wurden. Sie gehörten zu den 276 Schülerinnen, die im April 2014 von Boko Haram aus einem Internat in Chibok entführt worden waren. Die Freilassung konnte durch „mühsame Verhandlungen“ zwischen der Regierung und Vertretern von Boko Haram erreicht werden, so ein Regierungssprecher. Nach örtlichen Medienberichten sollen das Internationale Rote Kreuz und die Schweizer Regierung als Vermittler beteiligt gewesen sein.

November 2016: Mit der Einsetzung eines Komitees versuchte die Regierung, den schwelenden Konflikt zwischen Viehhirten und Ackerbauern einer Lösung näherzubringen. Die 16 Mitglieder der Gruppe wurden beauftragt, wirksame Lösungen zu erarbeiten. Durch den Konflikt um knapper

werdende landwirtschaftliche Ressourcen sollen in den vergangenen Jahren mehrere Tausend Menschen ums Leben gekommen sein.

Dezember 2016: Nach einer umfangreichen Militäraktion gegen Boko Haram im Sambisa-Wald, dem wichtigsten Rückzugsgebiet der Terror-Miliz, im Nordosten Nigerias gelegen, erklärten Präsident Muhammadu Buhari und Armeevertreter die Terrorbewegung für besiegt. Dabei seien mehr als 600 Männer, Frauen und Kinder aus der Gewalt von Boko Haram befreit worden. Auch seien rund 500 Islamisten gefangengenommen worden. Die anderen Kämpfer seien vor der Armee geflüchtet. Es wird vermutet, dass im Sambisa-Wald auch die im April 2014 aus Chibok entführten Schülerinnen gefangen gehalten wurden. Sie waren aber nicht unter den jetzt befreiten Personen.

Dezember 2016: Bei einem Besuch in der italienischen Niederlassung des Hilfswerks KIRCHE IN NOT teilte Bischof Joseph Bagobiri vom Bistum Kafanchan im nigerianischen Bundesstaat Kaduna mit, dass in den Jahren 2006 bis 2014 mehr als 12 000 Christen durch Terrorakte getötet worden seien. Etwa 2 000 Kirchen seien attackiert und beschädigt worden. Für diese Gewalt sei vor allem die Terrorgruppe Boko Haram verantwortlich. Gerade in den letzten Monaten habe es aber auch einen deutlichen Anstieg der Angriffe und Überfälle durch Viehhirten aus der überwiegend muslimischen Volksgruppe der Fulani gegeben. Dabei seien seit September 2016 mehr als fünfzig Dörfer niedergebrannt worden, mehr als 800 Menschen wurden getötet und Dutzende verletzt. Mehr als tausend Wohnhäuser und 16 Kirchen seien zerstört worden.

Januar 2017: Die nigerianische Armee meldete weitere Erfolge im Kampf gegen die Terrormiliz Boko Haram. Eine Spezialeinheit habe rund 1400 Zivilisten festgenommen, die mit Boko Haram in Verbindung gestanden haben sollen, berichtete ein Militärsprecher. Man habe einige Verstecke der Terroristen ausfindig gemacht, einige Terroristen hätten jedoch fliehen können.

Januar 2017: Eins der in Chibok entführten Mädchen konnte sich aus ihrer Gefangenschaft befreien. Soldaten der Regierungsarmee fanden die junge Frau zusammen mit ihrem sechs Monate alten Baby.

April 2017: Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF meldet in einem Bericht, dass Boko Haram immer öfter Kinder als Selbstmordattentäter einsetzt. Oft handele es sich dabei um entführte Kinder und meistens seien es Mädchen, die zu den Selbstmordanschlägen gezwungen würden. Die Anschläge erfolgten in den Ländern Nigeria, Tschad, Niger und Kamerun. Für 2014 seien vier solcher Fälle bekannt. In 2015 waren es dann 56 und in 2016 insgesamt 30 Kinder, die sich selbst in die Luft sprengten und dabei viele andere Menschen mit in den Tod rissen. „Diese Kinder sind Opfer, keine Täter“, sagte die Unicef-Direktorin für Zentralafrika, Marie-Pierre Poirier, bei der Veröffentlichung des Berichts. Es handle sich um den schlimmstmöglichen Missbrauch von Kindern in Konfliktgebieten.

Mai 2017: Nach mühsamen Verhandlungen konnte die nigerianische Regierung erreichen, dass 82 Schülerinnen aus Chibok, die im April 2014 von Boko Haram verschleppt worden waren, im Austausch gegen inhaftierte Boko-Haram-Anhänger freigelassen wurden. Danach waren aber immer noch rund 100 Chibok-Mädchen in der Gewalt von Boko Haram. Die freigelassenen Mädchen wurden von Staatspräsident Muhammadu Buhari zu einem Empfang in der Hauptstadt Abuja eingeladen. Nach seinem Amtsantritt im Mai 2015 hatte Präsident Buhari verkündet, der Kampf gegen die Terrorgruppe Boko Haram sei erst dann gewonnen, wenn sämtliche Chibok-Mädchen befreit seien. Neben den Chibok-Mädchen gibt es noch Tausende weitere Entführungsoffer in den Händen von Boko Haram.

Mai 2017: Die Christliche Vereinigung Nigerias (CAN) forderte die Regierung Nigerias auf, mehr zu tun, um die Landkonflikte zwischen Ackerbauern und Viehhirten einzudämmen. Der Präsident des CAN, Olasupo Ayokunle, kritisierte, dass Viehhirten, die Gewalt ausgeübt hätten, vom Staat nicht bestraft würden. Anlass waren aktuelle Ausschreitungen in den Bundesstaaten Kaduna und Benue. Die Vereinigung CAN ist der größte Zusammenschluss der christlichen Kirchen im Land.

Juni 2017: Nach einer Serie von Anschlägen in der Stadt Maiduguri, unter anderem auf Moscheen, meldete sich der Anführer des einen Flügels von Boko Haram, Abubakar Shekau, in einem auf Youtube veröffentlichten Videofilm zu Wort und bezeichnete die Anschlagsserie als „Sieg“. Boko Haram sei unbesiegbar, und einen Waffenstillstand könne es erst dann

geben, wenn die nigerianische Regierung den Islam akzeptiere und von ihren „teuflischen Wegen“ ablasse.

Juni 2017: Die Vereinten Nationen veröffentlichten einen Bericht, wonach rund elf Millionen Kinder in Nigeria nicht zur Schule gehen, unter anderem auch wegen der Bedrohung, die von Boko Haram ausgeht. Wiederholt seien Schulen überfallen und Kinder entführt worden, vor allem Mädchen.

Juli 2017: Im Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) äußerte sich der im Mai 2017 neu gewählte Präsident des Lutherischen Weltbunds, der nigerianische Erzbischof Musa Panti Filibus, über das Problem der Gewalt in seinem Land und über die Herausforderungen vor allem im Nordosten Nigerias. Boko Haram sei weiterhin aktiv: „Wir sind noch nicht an dem Punkt angekommen, an dem wir sagen können: Es ist vorbei. Stattdessen sind die Rebellen da und verüben Anschläge.“ Allerdings habe die Terrorgruppe an Stärke verloren: „Noch vor zwei oder drei Jahren hatten die Aufständischen die Möglichkeit, ganze Gemeinden zu destabilisieren. Das sehen wir heute nicht mehr.“ Mit den Folgen des Terrors werde die Gesellschaft noch lange zu tun haben: „Diese Situation hat viel Hass, Misstrauen und Angst erzeugt. Künftig müssen wir uns auch um diese Dimension kümmern. Das wird viele Jahre dauern.“

Juli 2017: Die Internationale Organisation für Migration (IOM) gab bekannt, dass die Zahl der Binnenflüchtlinge in Nigeria bei rund 1,8 Millionen liege. Die allermeisten von ihnen seien vor der Gewalt von Boko Haram geflüchtet. 79 Prozent der Flüchtlinge hielten sich im Bundesstaat Borno im äußersten Nordwesten Nigerias auf, 8 Prozent im Bundesstaat Adamawa und sechs Prozent im Bundesstaat Yobe. Etwas mehr als die Hälfte aller Vertriebenen seien Kinder und Jugendliche. Ein gutes Drittel der Flüchtlinge würde in Flüchtlingslagern leben, der Rest in sogenannten Gast-Kommunen.

September 2017: Nigerianische Medien berichteten, dass sich 1670 mutmaßliche Anhänger der Terrorgruppe Boko Haram im Bundesstaat Niger ab Oktober vor Gericht verantworten müssten. Anderen Medienberichten zufolge sollen in Nigeria insgesamt mehr als 3000 Anhänger von Boko Haram inhaftiert sein.

September 2017: Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch übte scharfe Kritik am Militär in Kamerun. Dieses habe rund 100 000 Flüchtlinge aus Nigeria gezwungen, Kamerun wieder zu verlassen. Die Menschen waren vor dem Terror von Boko Haram über die Grenze in den Norden Kameruns geflohen. Dort sollen viele Flüchtlinge nach den Angaben von Human Rights Watch durch Soldaten der kamerunischen Armee misshandelt, gefoltert und sexuell missbraucht worden sein.

September 2017: Nach einem neuen Bericht des Kinderhilfswerks UNICEF muss im Bundesstaat Borno wegen der anhaltenden Gefahr durch die Terrorgruppe Boko Haram auch weiterhin jede zweite Schule geschlossen bleiben. Durch die Gewalt von Boko Haram seien seit 2009 im Nordosten Nigerias 2295 Lehrer getötet und 19 000 Lehrer vertrieben worden. Rund 1400 Schulen seien durch die Anschläge der Terroristen zerstört worden.

Oktober 2017: Zweimal innerhalb eines Jahres wurde der italienische Priester Maurizio Pallu entführt. Beide Male kam er unverletzt wieder frei. Das meldete Radio Vatikan. Der Priester, der im Süden Nigerias seinen Dienst tut, wolle trotz dieser Erfahrungen im Land bleiben und weiter für die Evangelisierung arbeiten, sagte er dem Sender.

November 2017: Wie der britische Sender BBC berichtete, kam ein britischer Missionar im Südosten Nigerias ums Leben, als man versuchte, ihn aus der Hand von Entführern zu befreien. Er war im Oktober 2017 zusammen mit drei anderen Missionaren verschleppt worden. Diese drei konnten sicher befreit werden. Laut Medienberichten haben die Missionare für eine Hilfsorganisation gearbeitet, die medizinische Projekte in entlegenen Regionen unterstützt.

November 2017: Im Bundesstaat Edo im Süden Nigerias wurden sechs katholische Ordensfrauen aus der Gemeinschaft „Sisters of the Eucharistic Heart of Jesus“ entführt. Für die Freilassung der Ordensschwestern wurde ein hohes Lösegeld gefordert. Vermutlich handelte es sich um reine Gewaltkriminalität. Entführungen mit Lösegelderpressung kommen in Nigeria häufiger vor. Dabei wurden in der Vergangenheit mehrfach auch Personen der Kirche entführt. Papst Franziskus sprach beim Angelusgebet am Sonn-

tag, dem 17. Dezember, das Schicksal der Ordensschwestern ausdrücklich an und forderte ihre sofortige Freilassung.

Dezember 2017: Ende 2017 befanden sich noch mehr als 100 der 276 Schülerinnen, die im April 2014 in der Stadt Chibok von Boko Haram entführt worden waren, in der Hand der Terroristen. Von den anderen hatten sich einige selbst befreien können, viele weitere waren durch Verhandlungen der Regierung freigekommen. Die Schülerinnen sind aber bei weitem nicht die einzigen Entführungsoffer. Boko Haram soll in den vergangenen Jahren mehrere tausend weitere Personen entführt haben. Von vielen von ihnen fehlt jedes Lebenszeichen.

Januar 2018: Im Distrikt Ogba-Egbema-Ndoni im Bundesstaat Rivers im Süden von Nigeria starben mindestens sechzehn Christen durch Gewehr- kugeln bei einem Anschlag auf eine Kirche. Die Täter konnten unerkant fliehen. Aus Sicherheitskreisen war die Vermutung zu hören, die Täter könnten aus dem Kreis rivalisierender Sekten stammen. Ähnliche tödliche Auseinandersetzungen habe es schon öfter gegeben.

Januar 2018: Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) waren Ende 2017 noch mehr als 1,7 Millionen Menschen auf der Flucht vor Boko Haram. Die Hälfte davon sind Kinder unter 18 Jahren. Am stärksten betroffen ist der Bundesstaat Borno im Nordosten Nigerias. Bei Anschlägen von Boko Haram seien seit 2009 zwischen 20 000 und 25 000 Menschen ums Leben gekommen, so die Organisation.

Januar 2018: Bei einer Pressekonferenz in Köln, veranstaltet von KIRCHE IN NOT, betonte der katholische Erzbischof von Kaduna, Matthew Manoso Ndagoso, dass es bei den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen muslimischen Viehhirten aus dem Volk der Fulani und christlichen Ackerbauern in erster Linie um einen Konflikt um landwirtschaftliche Flächen gehe und nicht um einen Religionskrieg. Nach Schätzungen verschiedener Organisationen sterben bei diesen Landkonflikten jedes Jahr zwischen 2000 und 2500 Menschen. Mehrere Zehntausend Menschen wurden durch diese Konflikte aus ihren Dörfern vertrieben. Hinter diesen Konflikten stehen mehrere Ursachen. Wegen des Klimawandels breiten sich die Wüstengebiete im Norden Nigerias aus. Das zwingt die Viehhir-

ten, mit ihren Herden weiter in den Süden zu ziehen und dort neue Weidegründe zu suchen. Auch die terroristische Gewalt von Boko Haram im Norden Nigerias veranlasst viele Viehhirten, in sicherere Gebiete weiter im Süden zu ziehen. Zugleich leiden die Viehhirten unter einem zunehmenden, manchmal groß angelegten Viehdiebstahl. Deswegen haben sich viele Viehhirten mit Waffen ausgestattet, um sich gegen diesen Viehdiebstahl zu schützen. Ohne große Hemmungen werden diese Waffen dann aber oft auch in Konflikten mit Farmern eingesetzt, wenn diese sich gegen unerlaubtes und unerwünschtes Abgrasen ihrer Ackerflächen durch Fulani-Herden zur Wehr setzen. Im Zusammenhang mit diesem Landkonflikt wird Erzbischof Ndagoso mit den folgenden Worten zitiert: „Wenn Bürger sich nicht von der Regierung geschützt fühlen, dann ergreifen sie selbst Maßnahmen. Das ist nicht gut für uns. In einer militarisierten Gesellschaft können wir nicht überleben.“

Februar 2018: Bei einem nächtlichen Überfall auf ein Mädcheninternat wurden 110 Schülerinnen von Boko Haram verschleppt. Der Vorfall geschah in Dapchi im Bundesstaat Yobe. Wenige Wochen später wurde rund 100 Mädchen wieder freigelassen, weil sie muslimisch waren. Ihnen wurde aber von Boko Haram verboten, jemals wieder eine Schule zu besuchen. Nach Angaben von UNICEF starben fünf verschleppte Mädchen bei der Entführung. Ein christliches Mädchen wurde von Boko Haram nicht freigelassen, weil es sich weigerte, zum Islam zu konvertieren.

### **Interreligiöser Dialog und Bemühungen um Frieden und Versöhnung**

Vor dem Hintergrund der ausufernden Gewalt hat es in den vergangenen Jahren viele Versuche und Bestrebungen gegeben, die religiös motivierte Gewalt einzudämmen. Leider waren manche Erfolge auf diesem Gebiet nur von vorübergehender Dauer oder beschränkten sich auf lokale Gebiete. Die „Christian Association of Nigeria“ (CAN) ist Nigerias größte christliche Vereinigung. Sie fungiert als Dachorganisation, um die Rechte von Christen zu verteidigen und die interreligiösen Beziehungen mit Muslimen zu fördern. In den vergangenen Jahren hat sich der „Nigerian Inter-Religious Council“ (NIREC) als das wichtigste Forum für interreligiöse Zusammenarbeit und Versöhnungsarbeit etabliert. Er besteht aus 50 Mitgliedern, 25 Muslimen und 25 Christen, und wird im Doppelpräsidium geleitet vom

Präsidenten der CAN und dem höchsten muslimischen Würdenträger des Landes, dem Sultan von Sokoto.

Sehr erfolgreich mit seiner Arbeit ist das „Muslim Network of Islamic Organisations for Peace“ (Muslimisches Netz islamischer Organisationen für den Frieden). Regelmäßige Arbeitstreffen mit der Zielsetzung, Brücken zwischen Christen und Muslimen zu bauen, haben bei der Landbevölkerung zu ersten Erfolgen geführt. Im Bundesstaat Niger haben die interreligiösen Spannungen nachgelassen dank der Friedensbemühungen von Dr. Ahmed Lehmu und seines Sohnes Nurudeen.

Positiv zu vermerken ist, dass Regierungsvertreter der zentralen und nördlichen Staaten Nigerias wegen der zahlreichen religiösen Konflikte die interreligiösen Gespräche gefördert haben, um weitere Vorkommnisse zu verhindern. In Kano und Kaduna besuchten prominente muslimische Verantwortungsträger christliche Gemeinden und Gemeindeleiter, die von der extremistischen Terrororganisation Boko Haram angegriffen worden waren, um ihre Solidarität mit ihnen auszudrücken.

Der Sicherheitsdienst des Staates hat inzwischen damit begonnen, die Predigten in den Moscheen und Kirchen zu überwachen, um so möglicher Gewalt vorzubeugen. Die Prediger selbst müssen um Genehmigung bei den Behörden anfragen. Man hofft, durch diese Kontrollmaßnahmen die Verbreitung von Botschaften einzudämmen, die ansonsten zu religiösen Konflikten führen könnten.

## **Quellen**

- *Agenzia Fides (missionarischer Nachrichtendienst der katholischen Kirche)*
- *Amnesty International*
- *Catholic Information Service for Africa (CISA)*
- *Deutsche Welle (DW): [www.dw.com](http://www.dw.com)*
- *Human Rights Watch*
- *Institute for Economics & Peace (IEP): Global Terrorism Index 2017*
- *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM)*
- *Katholische Nachrichtenagentur (KNA)*
- *Pew Research Center*
- *Radio Vatikan, Newsletter*
- *U.S. Department of State: International Religious Freedom Report, (IRFR), 2016*
- *U.S. Commission on International Religious Freedom (USCIRF): Annual Report 2017*
- *ZENIT (Nachrichtenagentur)*